



**Die Gewerkschaft.
Le Syndicat.
Il Sindacato.**

„Geld ist genug da – Zeit für Steuergerechtigkeit!“

Die Finanzkrise hat Europa fest im Griff – und die europäischen Regierungen setzen seit fast fünf Jahren einseitig auf Haushaltskürzungen sowie Einschnitte in Sozialsysteme und Arbeitsbedingungen. Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben die Finanz- und Wirtschaftskrise inzwischen zu einer „Staatsschuldenkrise“ erklärt. In der Kritik stehen jetzt die Staatsausgaben und nicht die Spekulationsgeschäfte der Banken. Dabei sind beispielsweise gerade die Schulden der einstigen Euro-Musterknaben Spanien und Irland erst durch die Bankenrettung explodiert.

Drei-Länder Aktionswochen

Jetzt, wo sich immer deutlicher zeigt, dass der strikte Kurs der Kürzung von Ausgaben, Sozialleistungen und Löhnen verheerende wirtschaftliche Folgen hat, sind die Gewerkschaften in den exportorientierten Ländern, die bisher wirtschaftlich von Europa profitiert haben, aufgerufen, die Ursachen der Staatsschulden und die drastischen Konsequenzen der europaweit verordneten Kürzungspolitik in den Betrieben und in der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Gemeinsam wollen die Gewerkschaften ver.di, GPA-djp und Unia in Deutschland, Österreich und der Schweiz im Rahmen der „Drei-Länder-Wochen“ aufklären, woher die hohe Staatsverschuldung tatsächlich kommt. Denn der staatlichen Verschuldung von zehn Billionen Euro in Europa stehen private Geldvermögen in Höhe von 27 Billionen Euro gegenüber. Die Reichen haben die Krise nicht gespürt, sondern ihre Vermögen noch gesteigert. In Deutschland besitzt das reichste eine Prozent gut ein Drittel des gesamten Vermögens, die reichsten zehn Prozent verfügen über rund zwei Drittel des Vermögens. Auch in Österreich wird die Ungleichverteilung von Vermögen immer größer. Die oberen 10 % besitzen 54 % des privaten Geldvermögens, während die untere Hälfte nur 8 % besitzt. Das oberste halbe Prozent besitzt sogar mehr als ein Drittel. Beim Immobileinbesitz vereinigen die oberen 10 % gar 61 % des Vermögens auf sich, während 40 % der Bevölkerung überhaupt keine Immobilien besitzen.

Die Folgen der international verordneten Kürzungen müssen vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner sowie Erwerbslose ausbaden.

Solidarität mit den ArbeitnehmerInnen in den Krisenländern

Die Gewerkschaften in den wirtschaftlich starken Ländern wollen auch mit Blick auf den gemeinsamen Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) am 14. November 2012 ihre Solidarität mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Krisenländern zeigen und die Beschäftigten dafür sensibilisieren, welche Folgen die Krisenmaßnahmen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Europa haben.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben gemeinsam mit den internationalen Finanzinstitutionen für Länder wie Griechenland, Spanien, Portugal oder Italien bereits mit der drastischen Senkung von Mindestlöhnen und Renten, der Streichung von Sozialleistungen und Lohnkürzungen durch gesetzliche Eingriffe in die Tarifautonomie begonnen. Die Gewerkschaften in Europa sind deshalb aufgerufen, für eine andere Politik einzutreten. Denn auch die Europäische Zentralbank (EZB) formulierte im August ihre Forderung an die Krisenländer: „deutliche Lohnsenkungen, die Lockerung des Kündigungsschutzes, die Abschaffung von Lohnindexierungen, also automatischer Lohn-Preis-Gleitklauseln, und die Senkung von Mindestlöhnen“. Wir werden also zurzeit Zeugen eines umfassenden Angriffs auf das Lohnniveau, auf die Lohnfindungssysteme und auf den Sozialstaat in weiten Teilen Europas. Dieser Angriff hält an, auch wenn der Preis dafür der Marsch in die Rezession ist. Damit einher geht eine dramatische Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen in Europa. Wenn die Zerschlagung der Sozial- und Lohnfindungssysteme anhält, werden die niedrigen Löhne und Sozialstandards in den Krisenländern schon bald den Beschäftigten in den wirtschaftlich starken Staaten als Wettbewerbsnachteil vorgehalten.

Wir brauchen einen Kurswechsel!

Inzwischen mehren sich die Anzeichen, dass die Rezession in den südeuropäischen Krisenländern auch Auswirkungen auf die Exportländer im Herzen Europas hat. Die Krise der anderen verursacht aktuell hierzulande bereits eine konjunkturelle Delle. Damit sie nicht zu unserer Krise wird, brauchen die Krisenländer eine echte Chance auf Wirtschaftswachstum durch eine Art neuen Marshallplan für nötige Modernisierungen, Stärkung der Kaufkraft und öffentliche Investitionen. Aber auch die exportorientierten Länder müssen ihre Hausaufgaben machen. Wenn wir wollen, dass die Menschen in den Krisenländern Arbeit haben und von dieser Arbeit leben können, müssen auch die Binnenmärkte der wirtschaftlich starken Länder gestärkt werden. Dazu müssen die Gewerkschaften über deutliche Lohnerhöhungen die Realeinkommen tariflich sichern. Zusätzlich brauchen wir aber auch staatliche Investitionen in stabile und solidarische Sozialsysteme, Bildung, Umwelt und öffentliche Infrastruktur.

Dies gelingt nicht, wenn einseitig Haushalte gekürzt werden. Wir brauchen einen Kurswechsel in Europa. Wer Schulden abbauen und nachhaltig in Wachstum investieren will, muss auch auf die Einnahmen blicken. In der Finanz- und Wirtschaftskrise haben Europas Regierungen Banken mit Steuergeld gerettet und damit die Vermögen der Reichen und Superreichen gesichert. Aus privaten Spekulationsverlusten sind öffentliche Schulden geworden. Deshalb ist es höchste Zeit, dass diejenigen, die von den staatlichen Rettungsschirmen profitiert haben,

ihren Beitrag zum Schuldenabbau und zu den dringend nötigen öffentlichen Investitionen leisten.

ver.di, GPA-djp und Unia plädieren deshalb für (höhere) Vermögenssteuern, für eine Finanztransaktionssteuer, für eine stärkere Beteiligung von Spitzeneinkommen, für eine stärkere tatsächliche Besteuerung von Kapital und Unternehmensgewinnen sowie die entschiedener Bekämpfung von Steuerflucht. Es ist nur gerecht, wenn diejenigen stärker ihren Beitrag zur Krisenbewältigung und zum Abbau der Staatsverschuldung leisten, die es sich tatsächlich leisten können, statt die Lasten einseitig auf die Schwächsten abzuwälzen. Und es ist höchste Zeit, dass Europas Regierungen die Folgen der Bankenrettung nicht einseitig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Rentnerinnen und Rentnern sowie Erwerbslosen aufbürden, statt mit einer gerechten Besteuerung von Reichen und Superreichen auch die heranzuziehen, die von den staatlichen Rettungsmaßnahmen am meisten profitiert haben.

„Geld ist genug da, es ist höchste Zeit für mehr Steuergerechtigkeit! „

Aktionen und Aktivitäten in ganz Österreich

Bei Aktionen und Aktivitäten im öffentlichen Raum und in mehr als hundert Betrieben in ganz Österreich werden tausende Beschäftigte über die Verteilung und die derzeitige Besteuerung des Vermögens in Europa informiert.

Im Internet können Interessierte ihr Wissen über die Vermögensverteilung in einem „Reichtumsquiz“ abtesten. Es winkt ein attraktiver Gewinn! (www.gpa-djp.at/reichtumsquiz)

Nähere Informationen unter

www.gpa-djp.at

www.geld-ist-genug-da.eu

Frank Bsirske, geboren am 10. Februar 1952, war maßgeblich an der Gründung der vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.di) beteiligt, deren Vorsitzender er seit März 2001 ist. ver.di ist die größte Dienstleistungsgewerkschaft Europas. Sie organisiert zwei Millionen Menschen aus rund 1000 Berufen.

Andreas Rieger, geboren am 6. März 1952, war 2004 maßgeblich an der Gründung der Gewerkschaft Unia beteiligt, deren Co-Präsident er seit 2006 ist. Die Unia vertritt die Beschäftigten aus den Bereichen Industrie, Bau, Gewerbe und private Dienstleistungsbranchen. Sie ist mit gegen 200.000 Mitgliedern die größte Teilgewerkschaft im Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB).